

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

115 (9.3.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Mittagsblatt

Abonnementpreis: Die vollständige Monatshefte 25 M.; ...

Bezugspreis: In Karlsruhe durch den Verleger ...

Verlag: Carl Neumann, Neudammstr. 12, Karlsruhe. Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben ...

Deutscher Abendbericht.

Luftangriff auf England.
Berlin, 8. März, abends. (W.T.B. Amtlich.) London, Margate und Sheerness wurden in der Nacht vom 7. zum 8. März von mehreren ...

London, 8. März. (W.T.B.) Reuter. Der Luftangriff von vorgestern abend war der erste ...

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 8. März. (W.T.B.) Amtlich wird veröffentlicht: Nichts Besonderes zu melden. Der Chef des Generalstabes.

Die Sicherung unserer Friedenspläne.

Berlin, 8. März. Bei den augenblicklichen innerpolitischen verworrenen Verhältnissen in Russland ist ganz naturgemäß nicht mit einer restlosen ...

Bulgarischer Kriegbericht.

Sofia, 7. März. (W.T.B.) Amtlicher Seeresbericht vom 6. März: Mazedonische Front: Westlich von Bitola bei Bratindol rücken ...

Türkischer Kriegsbericht.

Konstantinopel, 8. März. (W.T.B.) Amtlicher Bericht vom 7. März: Mazedonische Front: Ein ...

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Frankreich und die Verwendung glühender Eisen.
Paris, 6. März. (W.T.B.) Der Funkpruch ...

Walde von Compiègne erstickt worden. Also nicht nur die französische Seeresverwaltung hat zuerst ...

Bonar Law zur militärischen Lage.

London, 7. März. (W.T.B.) Unterhaus. Im weiteren Verlaufe besprach Minister Bonar Law die militärische Lage. Das ganze deutsche ...

Freigegebene Deutsche.

London, 8. März. (W.T.B.) 750 freigegebene deutsche Zivilisangen und 12 Offiziere sind von ...

Der Rat von Flandern beim Generalgouverneur.

Brüssel, 7. März. (W.T.B.) Der Generalgouverneur empfing gestern nachmittag die Vollmachten des Rates von Flandern zur Entgegennahme der ...

seiner Regierung dürfen Sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flanderns Selbständigkeit ...

Die rücksichtslose Behandlung Hollands durch England.

Berlin, 7. März. (W.T.B.) Die Nordd. Allgem. Zeitung schreibt halbamtlich: Bekanntlich hat die Durchfuhr von Sand und Kies durch Holland, die Deutschland auf Grund der ...

Englischer Kriegskredit von 12 Milliarden Mark.

London, 8. März. (W.T.B.) Im Unterhaus ...

Ein Brief des früheren Zaren.

Bern, 8. März. (W.T.B.) Die französische Presse veröffentlicht einen Brief des Zaren vom 30. April 1916 ...

Ein amerikanischer Kriegs-Konvent.

Philadelphia, 4. März. (W.T.B.) Meldung des Reuterischen Büros. Ein Konvent, der sich ...

Haag, 8. März.

Haag, 8. März. (W.T.B.) Meldung des Reuter-Büros. Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung ...

gierung der niederländischen Regierung ihr tiefes Bedauern ausgesprochen habe, daß ein deutsches Flugzeug in den niederländischen ...

Die Lage im Osten.

Die große Deute in Russland.

Berlin, 6. März. (W.T.B.) Die große Deute der Deutschen an Geschützen und Kriegsmaterial, das zum größten Teil englisch-französisches Erzeugnis ist, wird von der Entente als ...

Der Kaiser an den König von Schweden.

Berlin, 8. März. (W.T.B.) Aufgrund der Verträge der aus Russland zurückgekehrten deutschen Kommission über die ...

Die kaukasischen Randländer.

Der Wortlaut des Friedensvertrages mit Russland enthält als wichtigste Ergänzung zu früheren Ultimaten die Bestimmung, daß ...

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Dreit-Witowsk vor, daß Rußland sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und der völkerrechtlichen Verhältnisse der Besitze Erdbahn, Mars und Batum nicht einmüßig, sondern es der Bevölkerung dieser Gebiete überläßt, die Neuordnung außer im Einvernehmen mit der Türkei im Einvernehmen mit den „Nachbarstaaten“ durchzuführen, so scheint (laut Schwab. Merk.) bei letzteren an Berlin und die im Entstehen begriffene Republik Kaukasus gedacht zu sein.

Eine offizielle Würdigung des Friedensvertrages mit Finnland.

Berlin, 8. März. (W.T.B.) Die Nordd. Allg. Ztg. gibt ihrer Befriedigung über den gestern abgeschlossenen Friedensvertrag Ausdruck und weist darauf hin, daß ein solcher Vertrag notwendig gewesen ist, weil Finnland ein Bestandteil des ehemaligen Kaiserreiches war, und eine feste Grundlage geschaffen werden mußte, auf der sich die künftigen Beziehungen Deutschlands zu der jungen Republik aufbauen sollen. Als Vertragsgegner kam dabei nur die Regierung in Betracht, die durch den finnischen Landtag in rechtmäßiger Weise ernannt worden ist. Der auf beiden Seiten vorhandene Geist der Persönlichkeit und Verständigung ermöglichte den schnellen Verlauf der Verhandlungen. Politische Bedeutung für die Zukunft findet man besonders in der Bestimmung des Artikels 1, wonach Finnland ohne Einwilligung Deutschlands seinen Teil seines Besitzes an eine fremde Macht abtreten, noch einer solchen Macht ein Servitut in seinem Hoheitsgebiet einräumen darf. Hierin werden wir die Grundlage zu einem neuen Ostseeabkommen zu sehen haben, ähnlich dem Vertrage von 1908. Den gleichen Erwägungen entsprechen die in Artikel 30 einseitig getroffenen Regelungen der Handelsfrage, die im Anschluß an den deutsch-russischen Friedensvertrag erfolgt sind. Dadurch wurde anerkannt, daß für diese Frage lediglich die Randstaaten, nicht aber mehr die Weltmächte mit zu bestimmen haben, die den Pariser Vertrag von 1856 durch ihre Zustimmung zu der von Rußland einseitig durchgeführten Besetzung abgedrungen haben. Was besonders Schweden anbetrifft, so habe die deutsche Regierung wiederholt um Ausdruck gebracht, daß sie die schwebenden Interessen in der Frage des Handelsverkehrs anerkenne und dementsprechend die Anwesenheit im engeren Einvernehmen mit Schweden zu lösen gedenke. Der Artikel 30 des Friedensvertrages ist somit ein Beweis für Deutschlands aufrichtigen Willen, die wichtigen Interessen der Ostseestaaten in jeder Weise zu berücksichtigen.

Die Frage der japanischen Aktion.

Der Inhalt der Vereinbarung der Alliierten. Neuport, 6. März. (W.T.B.) Nach einer halbamtlichen Meldung der Associated Press aus Washington haben sich Japan und seine Verbündeten auf den Grundriss geeinigt, daß, wenn sich der deutsche Einfluß in Sibirien in schädlicher Weise geltend macht und unmittelbar Gefahr für den Verlust von Kriegsvorräten bestehe, Japan berechtigt sein soll, militärische Maßnahmen zu ergreifen, um seiner Verpflichtung gemäß den Frieden im fernsten Osten für die Dauer des Krieges zu erhalten. Meinungsverschiedenheit bestehe darüber, ob Japan bei einer solchen Unternehmung unterstützt werden solle. Die Vereinigten Staaten erteilten keine formelle Zustimmung zu den Plänen Japans, aber die Lage Japans findet volles Verständnis, und wenn Amerika nicht förmlich zustimmt, so wird das keine unangenehme Wirkung auf die gegenseitigen Beziehungen haben. (Na, nat. Red.)

Unstimmigkeiten werden der japanischen Aktion.

Berlin, 9. März. Zwischen den alliierten Kabinetten soll es, französischen Blättern zufolge, wegen der japanischen Aktion in Sibirien zu Unstimmigkeiten gekommen sein.

London, 8. März. (W.T.B.) Daily Mail erzählt aus Dienstin vom 5. März, daß Japan die Mitwirkung von China gerne sehen würde, falls äußere Maßnahmen sich als notwendig erweisen würden.

Theater und Musik.

Größt. Hoftheater. In Vorbereitung befindet sich derzeit das musikalische Lustspiel „Frauenlist“ von Rudolf Kolar, Musik von Hugo Möhr, ist in München, Leipzig und Frankfurt a. M. eine Reihe erfolgreicher Aufführungen erlebt. — Das nächste Sinfoniekonzert des Hoforchesters findet am Donnerstag, den 14. März, statt.

Dr. Hoftheater. Die Eröffnung der musikalischen Lustspiele „Frauenlist“, von Hugo Möhr, ist auf Dienstag, den 12. d. M., angesetzt. Es sind darin beschäftigt die Damen: von Wedema, Friedrich, Josef, Lomisch und die Herren: Busch, Riegler und Seibel. Die Hauptpartie singt Hermann G. Leiter der Aufführung ist Alfred Lorenz.

Eine Karlsruher Künstlerin.

Wir glauben nachstehende Veröffentlichungen über den glänzenden Aufstieg unserer früheren jugendlich-dramatischen Sängerin Frau Lorenz-Höllischer, die seit September v. J. am Stadttheater in Breslau verpflichtet ist, den hiesigen Kunstfreunden nicht vorzuenthalten zu sollen:

„Über ihre Leonore im Fideles“ schreibt die Schlesische Zeitung:

„Nur war die Leonore von Marie Lorenz-Höllischer. Mit einer ganz vorzüglichen Leistung hat sie sich rasch den allgemeinen Beifall der Auditorien errungen. Die Rolle „Mädchen“, wo es heißt: „wie sie es gedenkt, eine Meisterleistung. Die vollkommene, warm gefühlte und wohlgegebene Stimme der Sängerin gebort über jeden selbstständigen Vortrag und ist die Seele des Jünglings in sympathischer Erregung. Auch ihr Spiel ist hochinteressant und ergreifend.“

Zu ihrer „Dona Anna im Don Giovanni“ führt der Breslauer Generalanzeiger an:

Frau Lorenz-Höllischer ist mit ihrer Anna in die erste Reihe der deutschen Hochdramatischen getreten. Auf

den. China hoffe auf finanzielle Unterstützung Japans und Amerikas bei den Ausgaben für die Expeditionstruppen im Norden. Am 4. März haben die Bolschewiki 50 Meilen westlich von Mandchuli, an der Nordwestgrenze der Mandchurei die Eisenbahnbauarbeiten der sibirischen Eisenbahn in die Luft gesprengt. Es wird auch berichtet, daß sie in der Nachbarschaft der Brücken die Schienen aufgerissen haben. Das werde wahrscheinlich die Reise der Diplomaten, die aus Petersburg kommen, unterbrechen.

Zur Lage in Rußland.

Amsterdam, 8. März. (W.T.B.) Einem hiesigen Mathe zufolge erfahren die Times aus Petersburg: Die tatsächliche Demobilisierung wurde durch den Aufmarsch der Deutschen erheblich beschleunigt. Durch die Verbänahme des Verlagerungsstandes ist infolge einer Verübung einzuwirken, als mit Strenge gegen die Blinderer, Einbrecher und Räuber vorgegangen wird. Das Meisten wird zur Qual. Die Wagen sind überfüllt. Man schlägt sich um die Plätze. Die Soldaten fehlen die Rissen und Lampen aus den Personenzügen und benehmen sich als ob es Biewagen wären.

Die Sowjets und der Friedensvertrag.

Berlin, 9. März. Laut Berliner Tagblatt scheint es fest zu stehen, daß die russische Regierung nach Moskau überläßt.

Nach englischen Blättern wird es für wahrscheinlich gehalten, daß die Versammlung der Sowjets in Moskau den Friedensvertrag bestätigen wird. Gegen den Vertrag seien nach immer die revolutionären Revolutionisten der Linken, der Moskauer Sowjet und eine von Ducharin und Bazonow geführte Bolschewikgruppe. Lenin sammelte seinen Anhang um sich und verdrängte die ihm ergebenden Blätter, für die Anerkennung des Pariser Friedens eintraten.

Köln, 8. März. Die Kölnische Zeitung meldet aus Amsterdam: Neuter meldet aus Petersburg: Der ausführende Hauptanspruch der Sowjets hat mit großer Stimmenmehrheit den Friedensvertrag antauchen. Obwohl die Bedingungen der politischen Banditen seien ermäßigter Ansicht die Mitglieder des Moskauer Konarates, für die Ratifizierung des Vertrages zu stimmen. Gemeldet wird, daß Krylenko zurückzutreten ist, weil er mit der Politik der Volkskommisare nicht einverstanden ist.

Das ukrainische Freiheitswerk.

Berlin, 9. März. Das ukrainische Korps unter dem Oberbefehl Refuruss wurde gegen Charlow und Odessa in Mariß abgesetzt, um das Freiheitswerk zu vollenden.

Die Organisation des Warenverkehrs mit der Ukraine.

Wien, 8. März. (Privat-Tele.) Die Neue Freie Presse meldet zu den Beratungen mit den ukrainischen Vertretern über die Organisation des Warenverkehrs mit der Ukraine: Nächste Woche dürfte eine Regierungskommission nach Kiew gehen, wo dann die endgültigen Anordnungen zustande kommen sollen. Behufs Zentralisierung des Warenverkehrs wird eine Landesstelle in Lemberg unter der Leitung des Generalquartiermeisters einrichtet, dem Vertreter der Kriessachrichtensdienstes für die ukrainischen Zentralaufseherstellen für und re Nahrungsmittel mit Beamtens des Handelsministeriums an der Spitze beigeordnet sind. Der Verkehr über das Schwarze Meer und über die Donau wird der Schwarzen Meerestelle mit dem Sitz in Braila unter der Leitung eines österreichisch-ungarischen Generalstabsoffiziers unterstellt. Den Seeverkehr im Schwarzen Meer sollen deutsche Vertreter ins Werk setzen. Der Verkehr auf der Donau dürfte von der österreichisch-ungarischen Transportleitung besorgt werden.

Die englische Botenschaft ausgedündert.

Berlin, 9. März. Nach einer Baseler Depesche des Berliner Lokalanzeigers meldet das Pariser Journal aus Petersburg, daß die englische Botenschaft nach der Abreise des Botenschaftsvertrages von den Bolschewiksoldaten ausgedündert worden sei. Ein Teil der verbleibenden Akten wurde gestohlen, ein anderer verbrannt.

Hochschulen.

Dr. Heibelberg, 8. März. Die heilige Universität hat den Geh. Kommerzienrat Wilhelm Lorenz in Karlsruhe wegen seiner Verdienste um die Gründung der orthopädischen Anstalt zum Ehren doktor ernannt. Geh. Kommerzienrat Lorenz ist der Gründer der Deutschen Metall-Patronenfabrik, die später von den Waffen- und Munitionsfabriken übernommen worden ist, außerdem ist er Mitgründer der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim.

Verteilung der Revolution in Finnland.

Stockholm, 8. März. (W.T.B.) Stockholms Dagblad bringt eine Auslassung eines bürgerlichen Mitgliedes des finnischen Landtages zu den Kämpfen in Finnland. Die ganze Revolution ist nach ihrem Ursprung, ihrem Charakter größtenteils auch ihrer Führung, ihrer Mittel und Hilfsquellen nach eine russische. Finnland ist der erste westländische Staat, der den Kampf gegen die barbarische Reaktion von Osten auskämpfen muß. Bei einem solchen Kampfe ist eine Vermittlung nicht nötig. Ein Vermittlungsangebot, wie auch gemeint es auch sein mag, muß als direkt schädlich betrachtet werden. Es würde namentlich eine gewisse Anerkennung der Berechtigung der Bewegung, gegen die wir auf Leben und Tod kämpfen, bedeuten. Will man uns stützen, so möge man uns Vermittlung anbieten. Der Sieg der Revolution in Finnland würde das Verbreiten der Pest des Bolschewismus nach Skandinavien und Westeuropa und die Wiederherstellung der Herrschaft Rußlands über Finnland bedeuten. — In gleichem Sinne hat sich der Vorsitzende der finnischen Delegation Callander in norwegischen Storting geäußert. Wir empfinden es, daß wir diesen Kampf für ganz Skandinavien ausfechten und deshalb haben wir um Waffen und Munition gebeten. Die Bolschewiki in Petersburg haben erklärt, daß sie eine ähnliche Anfruchtbezeugung mit Waffen und Geld auf die skandinavische Halbinsel und in Dänemark unterstützen wollen, um dadurch ein neues Einfallstor nach Deutschland zu gewinnen. Ein Neutraler zu den Friedensschlüssen mit Rußland und Rumänien.

Amsterdam, 7. März. (W.T.B.) Standard schreibt zu dem Frieden mit Rußland: Wenn Deutschland einen Frieden aufzwingen mußte, aber ohne Annexionen und Entschädigungen in Geld, an wem liegt dann die Schuld, wenn nicht an den unverbesserlichen Bolschewiken und ihrer aufreizenden Galstarrhetik? Ueber den Frieden mit Rumänien schreibt das Blatt: Es ist ein harter Friede, aber auch hier muß man fragen, an wem liegt die Schuld? Rumänien hat sich nur aus Mangel, nicht aus irgend einem triftigen Grunde an dem Kampfe beteiligt und kehrt nun als betrübter Betrüger zurück. Es ist noch lange nicht gewiß, ob es sich in Westasien für seine anderweitigen Verluste schadlos halten kann.

Die Pariser Preise zum Vorziehen mit Rumänien.

Paris, 8. März. (W.T.B.) Habas. Die Zeitungen besprechen den Vorfridensvertrag, der von den Mittelmächten Rumänien aufzuzwingen sei, und erklären übereinstimmend, Rumänien habe Energie und Treue gezeigt und erliege, von den russischen Reaktionen verraten und erdroffelt, nun die Maximalisten, die um Lenin und Trotski gebartet seien. Eine neue Schuld würde den Alliierten auferlegt, die den Vertrag nicht anerkennen würden, der Rumänien erdroffelt und der von der Friedenskonferenz geprüft werden würde. — Der Welt Pariser erkennt an, Rumänien habe bis zum letzten Augenblick gekämpft, um seine Bündnispflichten zu erfüllen und sei erst der Gewalt erwidern. — Der Matin schreibt: Die überlieferten Bande werden nicht zerissen werden. Die Zukunft wird uns gestatten, sie von neuem inniger und herzlicher zu gestalten.

Berlin, 8. März. Im Berliner Tagblatt schreibt General Baron Erdene: Die Bestätigung, als ob unsere jetzt tatkräftig einwirkende Hilfe für Finnland bedeutende Seereskräfte in Anspruch nehmen könnte, ist hinsichtlich. In der Hauptfrage wird unsere Unterhändler sich auf die Zufuhr von Waffen, Munition, Seeresgerät und Verpflegung beschränken.

Rumänien.

Berlin, 9. März. Aus Rumänien wird gemeldet: Nach der Abklärung der Frage der Grenzberichtigungen wird Berescu zurücktreten. Als Mann der Zukunft gilt, laut Berl. Lokalanzeiger, Marghiloman.

Deutscher Reichstag.

Der Hauptauschuß über die Firma Daimler.

Berlin, 8. März. (W.T.B.) Der Hauptauschuß des Reichstages nahm gestern den Bericht des Abg. Koste aus dem Untersuchungsausschuß entgegen. Der Berichtshalter verbeichtete sich über Mißstände und Beschwerden bei den Kriegslieferungen, namentlich bei der Anschaffung von Automobilen. Er bedauerte, daß den Ausschaffungsgängern die Bundesratsverordnung vom 12. Juni 1917 nicht rechtzeitig zur Beachtung überreicht worden sei. Dann hätte zum Beispiel der Daimler-Werke das Profitbandwerk gelegt werden können, denen der Friedenspreis wieder bezahlt worden sei, auch als sie Automobile in Massen zu liefern hatten. So seien die Aufsehen erregenden Geminne und Dividenden für die Aktionäre entstanden. Anrecht sei die Drohung der Firma, die Erzeugung zu verhindern, wenn ihr nicht Preiszulagen für Motore gewährt würden. Erst nach Androhung der Militarisierung des Betriebes hätten die Leiter der Vorlage der Unterlagen für die Berechnung der Geschlechtskosten bezeugt. Dabei seien dann noch Verschleierungsversuche seitens der Generalleitung gemacht worden, was den Untersuchungsausschuß veranlaßt, scharfe Maßnahmen dagegen zu fordern. Solche seien von württembergischen Kriegsministerum getroffen. Die Werke seien unter militärische Kontrolle gestellt worden. Auch die Staatsanwaltschaft beschuldigte sich mit der Sache. Die Anklage auf Verfassung wegen Kriegswunders sei daher hier mehr als anderswo am Platze. Generalfeldzeugmeister Compette äußerte sich über die Preisbildung dahin: Zu Beginn des Krieges seien hohe Preise zum Anreiz der Munitionsfabrikanten zum Aufsteig gezahlt worden, infolgedessen gemacht Erfahrungen. Die meisten liefernden Fabriken, so auch die A. G., hätten die gemüßigte Eingekauft. Als Gegenleistung für die anfangs gewährten hohen Preise habe die „Wuma“ verlangt, daß die besagte und zur Verfügung gestellt würden. Geschäfte und die Massenunterfertigung weniger geeignet gewesen. Ein anderer Vertreter des Kriegsamtes

Chronik des dritten Kriegsjahres.

9. März. Erfolgreicher Vorstoß im Caucasuswalde. Englischer Angriff auf die türkischen Stellungen südlich des Tigris zurückgeschlagen.

fährte aus: Am den von der Militärverwaltung hinsichtlich der Motorleistungen gestellten Anforderungen gerecht zu werden, habe die Firma Daimler große Aufwendungen zu machen gehabt. Die baren Ausgaben und die Unterlagen der Geschlechtskosten der großen Flugzeugmotore habe die Fabrikation zunächst verweigert sich aber später entgegenkommend gezeigt. Die angeforderte Erzeugungseinschränkung sei auf Verstellungen hin nicht durchgeführt worden. Jetzt sei wegen der Vorkommnisse die Militarisierung ausgeprochen worden.

Abg. Stöbe (nall.) forderte scharfes Zugreifen im Falle Daimler. Würde das nicht geschehen, so würde das im Lande nicht verstanden werden. Die Streifenabhebung sei das höchste. Wenn die Firma nur einen Gewinn von 11 Prozent gemacht hätte, so wäre dagegen weniger einzumenden, aber die Gewinnberechnung sei falsch. In der Tat seien die Gewinne der Firma viel höher. Die bei der „Wuma“ tätigen Kaufleute hätten das finden müssen. Die Steigerung der Dividenden und des Kurzes bis auf 1500 Prozent hätte der Heeresleitung einen Fingerzeig geben müssen, daß hier etwas vorgebracht werde. Die Firma habe das Aktienkapital erhöht, um die Gewinne zu verkleinern. Die der Militärverwaltung vorgelegte Motorlostenberechnung sei erdacht und nicht den Wahren und den Tatsachen entnommen. Zur Verhütung der Missetaten seien die Gewinne alle der Reichskasse zugeführt werden.

Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) führt aus: Was sich die Firma Daimler erlaubt habe, sei hart, und daß die Mitglieder der Flugzeugabteilung den Angaben der Firma Glauben geschenkt habe, sei verwunderlich. Das Kontrollrecht sei aufgrund des Belagerungszustandes, welches leicht zu erlangen gewesen, es sei aber nicht in entsprechender Weise angewandt worden. Den Abg. ordneten, die im Benehmen mit dem Kriegsministerium die Bücher der Firma hätten nachprüfen lassen, sie die Einsicht verweigert worden. Diese müßte erzwungen werden, nötigenfalls mit Militärrichtern der Betriebe. Da von der Firma Daimler spezifisch unrichtige Berechnungen vorgelegt worden seien, ihre Betrag vor. Die Einziehung der Gewinne für das Reich sei gerechtfertigt. — Am Verlaufe der Ausrede erklärte Abg. Erzberger (Ztr.), was die Firma Daimler getrieben habe, sei unantastbar, daß es niemand in Deutschland für möglich gehalten habe. In anderen Fällen seien die Militärs nicht so geübt. Der Kammerherr von Vehr-Pinnow solle in wenigen Monaten ohne irgendwelche Leistungen viele Millionen Kriegsgewinne erzielt haben. Die Sache müsse unbedingt aufgearbeitet werden. — Weiterberatung Samstag.

„Kleine Anfrage“ im Reichstag.

Die Zentrumsgesordneten Sartorius, Altor und Dr. Werr stellen folgende Anfrage: „In den letzten Wochen ist die Bevölkerung von Trier und zahlreichen Städte und Ortschaften des Trierer Landes wieder das Ziel feindlicher Fliegerangriffe gewesen. Ein militärischer Schaden ist nirgends verursacht worden; lediglich friedliche Bewohner sind zu Tode und zu Schäden gekommen. Selbst Orte, die in keinem Zeitpunkt während des ganzen Krieges irgend eine militärische Bedeutung hatten und die fern von jeder Wohnverbindung liegen, sind Opfer dieser Angriffe geworden. Ist der Herr Reichskanzler geneigt, dieser ebenso hilflosen wie grausamen Kriegführung seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, und in der Lage, zur Vermeidung derselben beizutragen?“

Im Reichstag haben die Abgeordneten Ebert, Mollenhuth und Scheidemann an den Reichskanzler eine Anfrage gerichtet, ob die verbandeten Ministerien einer Durchsicherung der Kriegswirtschaft durch eine Ergänzung der Verordnung vorzubehalten beabsichtigen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 8. März. Der Haushaltsauschuß der Ersten Kammer hat am 6. März den Vorantrag des Staatsministeriums beraten; Berichtshalter Präsident Dr. Glodner, zum Titel „Außerordentlicher Zuschuß zur Billigkeit“ wurde der Reichstag, die Gr. Regierung sei zu erklären: 1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und 2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Billigkeitserwartung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung der Landtag vorzulegen. Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beabsichtigt der Aussch. den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten. Weiter wurde beschlossen, hinsichtlich der Pressefrage Gerichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen. Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angelegte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Aussch. sich von jeder Annäherung gegen Versehen oder partiell-arbiträren Meinungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in dem von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtung begreifen würde. Der Aussch. erwiderte schließlich den Plan der Errichtung eines Reichsministeriums sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Abänderung des Reichsstaatsauschusses.

Karlsruhe, 8. März. Der Haushaltsauschuß der Ersten Kammer hat am 6. März den Vorantrag des Staatsministeriums beraten; Berichtshalter Präsident Dr. Glodner, zum Titel „Außerordentlicher Zuschuß zur Billigkeit“ wurde der Reichstag, die Gr. Regierung sei zu erklären: 1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und 2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Billigkeitserwartung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung der Landtag vorzulegen. Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beabsichtigt der Aussch. den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten. Weiter wurde beschlossen, hinsichtlich der Pressefrage Gerichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen. Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angelegte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Aussch. sich von jeder Annäherung gegen Versehen oder partiell-arbiträren Meinungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in dem von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtung begreifen würde. Der Aussch. erwiderte schließlich den Plan der Errichtung eines Reichsministeriums sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Abänderung des Reichsstaatsauschusses.

Karlsruhe, 8. März. Der Haushaltsauschuß der Ersten Kammer hat am 6. März den Vorantrag des Staatsministeriums beraten; Berichtshalter Präsident Dr. Glodner, zum Titel „Außerordentlicher Zuschuß zur Billigkeit“ wurde der Reichstag, die Gr. Regierung sei zu erklären: 1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und 2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Billigkeitserwartung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung der Landtag vorzulegen. Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beabsichtigt der Aussch. den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten. Weiter wurde beschlossen, hinsichtlich der Pressefrage Gerichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen. Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angelegte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Aussch. sich von jeder Annäherung gegen Versehen oder partiell-arbiträren Meinungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in dem von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtung begreifen würde. Der Aussch. erwiderte schließlich den Plan der Errichtung eines Reichsministeriums sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Abänderung des Reichsstaatsauschusses.

Karlsruhe, 8. März. Der Haushaltsauschuß der Ersten Kammer hat am 6. März den Vorantrag des Staatsministeriums beraten; Berichtshalter Präsident Dr. Glodner, zum Titel „Außerordentlicher Zuschuß zur Billigkeit“ wurde der Reichstag, die Gr. Regierung sei zu erklären: 1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und 2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Billigkeitserwartung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung der Landtag vorzulegen. Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beabsichtigt der Aussch. den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten. Weiter wurde beschlossen, hinsichtlich der Pressefrage Gerichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen. Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angelegte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Aussch. sich von jeder Annäherung gegen Versehen oder partiell-arbiträren Meinungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in dem von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtung begreifen würde. Der Aussch. erwiderte schließlich den Plan der Errichtung eines Reichsministeriums sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Abänderung des Reichsstaatsauschusses.

Karlsruhe, 8. März. Der Haushaltsauschuß der Ersten Kammer hat am 6. März den Vorantrag des Staatsministeriums beraten; Berichtshalter Präsident Dr. Glodner, zum Titel „Außerordentlicher Zuschuß zur Billigkeit“ wurde der Reichstag, die Gr. Regierung sei zu erklären: 1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und 2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Billigkeitserwartung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung der Landtag vorzulegen. Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beabsichtigt der Aussch. den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten. Weiter wurde beschlossen, hinsichtlich der Pressefrage Gerichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen. Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angelegte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Aussch. sich von jeder Annäherung gegen Versehen oder partiell-arbiträren Meinungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in dem von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtung begreifen würde. Der Aussch. erwiderte schließlich den Plan der Errichtung eines Reichsministeriums sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Abänderung des Reichsstaatsauschusses.

Karlsruhe, 8. März. Der Haushaltsauschuß der Ersten Kammer hat am 6. März den Vorantrag des Staatsministeriums beraten; Berichtshalter Präsident Dr. Glodner, zum Titel „Außerordentlicher Zuschuß zur Billigkeit“ wurde der Reichstag, die Gr. Regierung sei zu erklären: 1. zu prüfen, ob nicht die Domänenfrage einer möglichst baldigen Lösung zugeführt werden kann und 2. die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung der Billigkeitserwartung oder der Vermehrung ihrer Einkünfte zu prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung der Landtag vorzulegen. Bezüglich der Frage der Reform der Ersten Kammer beabsichtigt der Aussch. den Bericht des Ausschusses für Justiz und Verwaltung über die diesem überwiesenen Petitionen über die Vertretung der kaufmännischen Angestellten der Beamten und Lehrer sowie der akademisch gebildeten Techniker in der Ersten Kammer abzuwarten. Weiter wurde beschlossen, hinsichtlich der Pressefrage Gerichte über die Verhandlungen der einzelnen Ausschüsse der Ersten Kammer zur Verfügung zu stellen. Zu eingehender Erörterung gab die Frage der Reichsfinanzreform und die in der Zweiten Kammer angelegte Aenderung der Militärkonvention Anlaß. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Aussch. sich von jeder Annäherung gegen Versehen oder partiell-arbiträren Meinungen frei wisse, daß er aber trotzdem eine Revision der Konvention in dem von dem Herrn Staatsminister in der Zweiten Kammer dargelegten Richtung begreifen würde. Der Aussch. erwiderte schließlich den Plan der Errichtung eines Reichsministeriums sowie der Aufhebung der Mittelstellen und kam zu dem Ergebnis, daß die Frage der Vereinigung der Staatsverwaltung nach dem Krieg weiter zu verfolgen sei.

Der Aussch. hält die Bundesratsvollmächtigen für die Vertretung dieser für nicht, die erforderlich aus dem Kreise der Jünger der Nachmittagsstunde erließ, wobei die Frage der Ernennung eines neuen Reichsstaatsauschusses kam, der die Erhebungen der Groß. Neg. behalte man sich die Petition mittleren Zustände von etwa 100 G. Stellen sowie die Petition der eines Amtsoffiziers dabeipetitionen der Städte Reg. Pfälzendorf zur Erledigung

Chro

Aus Baden.

Karlsruhe, 8. März. ...

Manheim, 8. März. ...

St. Pflieger (Ztr.) führt aus: ...

Die Militärverwaltung ...

Am Verlaufe der Ausrede ...

Die Zentrumsgesordneten ...

Im Reichstag haben die ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Die Ersten Kammer hat ...

Der Ausschuss hält die Bestellung eines besonderen Bundesratsbevollmächtigten bei der Berliner Gesandtschaft zur Vertretung dieser wirtschaftlichen Interessen für nötig, dem die erforderlichen sachverständigen Kräfte aus dem Kreise der Industrie beizugeben wären. In der Nachmittags-Sitzung erlegte man den Justizetat, wobei die Frage der Verringerung des Grundbuchwesens einen breiten Raum eingenommen hat. Die Mehrheit kam zu der Auffassung, die Ergebnisse der Erhebungen der Groß-Regierung seien abzuwarten und behalte man sich die endgültige Stellungnahme vor. Ferner kam die Petition des Vereins der mittleren Justizbeamten auf Umwandlung von etwa 100 G 3-Stellen in solche der Abteilung G 2, sowie die Petition der Stadt Engen wegen Errichtung eines Amtsorts dafelbst nebst den zugehörigen Gegenpetitionen der Städte Nalbach, Engen, Etzloch und Pfalldorf zur Erledigung.

Chronik.

Aus Baden.

Karlsruhe, 8. März. Die Bad. Landwirtschaftskammer wird in der Woche nach dem Osterfesten ihre hier Vollerversammlung abhalten.
Wiesloch, 8. März. In der hiesigen Tonwarenfabrik verunglückte der Tagelöhner August Raier aus Diebheim so schwer, daß er seinen Verletzungen erlag.
Mannheim, 8. März. Das 11. Generalkommando des 14. Armeekorps hat das Weitererziehen der Volkstämme wegen wiederholter Zuwiderhandlungen gegen ausdrücklich erlassene Anordnungen auf die Dauer von drei Tagen verboten.
Pforzheim, 6. März. Bei einem Streit im benachbarten Ochsenbrunn wurde ein dortiger Metzger von einem Feldwächter durch mehrere Messerschläge so erheblich verletzt, daß er ins hiesige Krankenhaus verbracht werden mußte.
Mannheim, 8. März. Die Prinzeßin Amalie zu Fürstberg, die Schwester des im Jahre 1896 verstorbenen kaiserlichen Prinzen Karl von Fürstberg, ist heute mittag im Alter von 69 Jahren aus dem Leben geschieden. Die verstorbene Prinzeßin war eine Tochter des verstorbenen letzten Fürsten Karl von Fürstberg und dessen Gemahlin Elisabeth Prinzeßin von Hohenhausen. Da ihr Großvater, der fünfte Fürst Karl Eugen verstarb mit Amalie, Prinzeßin von Baden, einer Tochter des Großherzogs Karl Friedrich, war die verstorbene Prinzeßin auch mit dem badischen Fürstentum verwandtschaftlich verbunden.

Politische Nachrichten.

Deutsch-polnische Verständigungs-Versuche.

Berlin, 8. März. Der Lokalanzeiger meldet: Seit kurzem weilen in Berlin 3 Abgeordnete aus Warschau, Minister Steglowski als Vertreter der polnischen Regierung, Prinz Franz Radziwill als Vertrauensmann des Regenschatzrates und Graf Adam Noszko als Delegierter der 10 verschiedenen Gruppen umfassenden polnischen Aktionspartei, die seit jeher in der polnisch-deutschen Annäherung auf polnischer Seite vorangeht. Man hielt es für angezogen, wegen der bestehenden Unimmunitäten Verständigungsversuche gewissermaßen von Volk zu Volk unternehmen zu lassen. In erster Linie verhandeln also die polnischen Vertreter mit dem Hauptauschuss des Reichstags. Wird auf diesem Wege eine Einigung erzielt, so wird es Sache der Regierung sein, die weiteren Konsequenzen zu ziehen. In den Verhandlungen beteiligen sich als Vertreter des Hauptauschusses vor allem die Abg. David, Grabberger und Baumann. Was die formale Seite anbetrifft, so ist vereinbart worden, daß zunächst die Polen eine Erklärung abgeben. Falls diese den Hauptauschuss befriedigt, und das darf schon heute als wahrscheinlich bezeichnet werden, wird der Hauptauschuss am nächsten Samstag gewisse Maßnahmen beantragen, die angeht sind, zwischen Polen und Deutschen von neuem ein leidlich harmonisches Verhältnis zu begründen.

Zur Annahme des österreichischen Budgetprovisoriums.

Wien, 8. März. (W.T.B.) Mit großer Mehrheit der Abgeordneten erfolgte die Bewilligung des Budgetprovisoriums und der gesamten Kriegskredite. Das wird als erfreulicher Sieg, den die österreichische Regierung im Abgeordnetenhaus errungen hat, von der Presse mit Genugtuung begrüßt. Die Bedeutung der gestrigen Abstimmung sei um so wichtiger, als die österreichische Volksvertretung damit durch die für Österreich so beschämende Spekulation des feindlichen Auslandes, das sich bereits eingebildet hatte, mit einer innerpolitischen Katastrophe Österreichs wie mit einem festen Boden rechnen zu können, einen dicken Erich gezogen habe. In der Haltung der Polen, die an der Abstimmung nicht teilnahmen, damit das Parlament nicht ausgeschaltet werde, sei der Beginn einer Klärung zu erblicken, deren Wichtigkeit noch über den friedlichen Ausgang der Krise hinausreiche. Die Blätter weisen darauf hin, daß gerade die Opposition das größte Interesse an der Erhaltung des Parlaments habe, und daß auch der scharfe Gegensatz zwischen den einzelnen Parteien und Nationen nur auf politischem Wege ausgeräumt werden könne und dürfe. Auch die Rede des Ministerpräsidenten v. Seidler über das große Programm der Verfassungsreform findet in der Presse eine eingehende Würdigung, wobei sie hervorhebt, daß die Autorität und die starke Führung des Kabinetts eine unerlässliche Voraussetzung für die Neugestaltung der Dinge sei.

Wien, 8. März. (W.T.B.) Wie wir erfahren, wurden dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler die Brillanten zum Großkreuz des St. Stephansordens verliehen.

10 000 Mann Truppen nach Irland.

Berlin, 9. März. Ueber 10 000 Mann englischer Truppen wurden, einer Meldung d. r. Nordd. Allg. Ztg. zufolge, nach irischen Häfen übergeführt.

Neue Demission des spanischen Ministeriums.

Madrid, 8. März. (W.T.B.) Neuer. Das Kabinett hat demissioniert.

Zur Durchführung der preussischen Wahlreform.

Berlin, 6. März. (W.T.B.) In einem Erlaß an die preussischen Regierungspräsidenten betont der Minister des Innern Dr. Drews, die Staatsregierung und mit ihr alle ihre Organe hätten es als oberste Pflicht gegenüber dem königlichen Willen anzusehen, die mit dem Wahlrechtsersatz vom 11. Juli 1917 eingegangene Verbindung des Königs zur reiflichen Einlösung zu bringen.

Die Wahlpflicht angewonnen.

Berlin, 8. März. (W.T.B.) Der Wahlrechtsauschuss des Abgeordnetenhauses hat heute den vom Unterausschuss vorgelegten Wahlpflichtsantrag gegen die Stimmen der Fortschrittlichen, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Weiteres von der Rede Bonar Laws.

London, 9. März. (W.T.B.) Bonar Law sagte ferner, er zweifle, ob die Offensive kommen würde. Im Hauptquartier erwarte man den Angriff, aber die Brigade- und Bataillionskommandeure, die in täglicher Fühlung mit dem Feinde seien, glauben nicht, daß die Deutschen angreifen würden, so überzeugt seien sie von der eigenen Ueberlegenheit. Der Redner ging dann auf die Luftangriffe in Deutschland ein und führte die Debatte im bayerischen Abgeordnetenhaus als Beweis dafür an, daß diese Angriffe nicht wirksam gewesen seien. Bislang habe die Lage erörtert, ohne Amerika in Rechnung zu stellen. Der Wert der amerikanischen Hilfe hängt von dem Erlola der Operationen zur See ab. Die Admiralität erachtet, daß die Schiffsbauten Ende Juni die Schiffsverluste mehr als ausgleichen werden. Sobald das Gleichgewicht einmal hergestellt ist, wird sich die Lage von Woche zu Woche bessern und die Fähigkeit vermehren, Englands anerkannte Hilfsquellen für den Krieg nutzbar zu machen. Wenn die Verbündeten zusammenhalten, so können sie ihr Kriegsziel, die Vernichtung des deutschen Militarismus, sicher erreichen. Ginge der Krieg zu Ende, ehe das Ziel erreicht ist, so wäre es eine Niederlage für England.

III das Gespräch über den Sinn von Herr. Ling's Rede ist einfach lächerlich. Wir haben die Wünsche der deutschen Nachbarn, nicht ihre Reden zu beurteilen. Welchen Zweck hat es, von Serlings Annahme der Wilsonischen Grundzüge zu reden, wenn

die Deutschen zu derselben Zeit Livland, Estland und Kurland nehmen und es zu einer Friedensbedingung für Rumänien machen, daß es nicht nur die Doboudscha, sondern auch andere Landesteile aufgibt. Kürzlich saute mir ein Neutraler, er höre, daß der englische Geist im Krieg schwach werde. Das glaube ich nicht. (Lauter Beifall.)

Natürlich ist es richtig, daß das Land kriegsmüde ist, aber die Engländer wissen, was die Niederlage in diesem Kriege in der Geschichte der Nation, des britischen Reiches und der Welt bedeuten würde. Wenn es möglich wäre, die Stimmung des englischen Volkes auf die Frage zur Entscheidung zu bringen: „Wollt ihr den Krieg fortsetzen, bis unsere Ziele erreicht sind oder nicht?“ so würde das Ergebnis unsere Feinde und unsere Verbündeten in Erstaunen setzen.

Neue Botenschaft Wilsons.

Berlin, 9. März. Dem Berl. Tageblatt wird aus Genf gemeldet: Nach einer Washingtoner Meldung der Times hat Präsident Wilson die Redaktion seiner neuen Botschaften an den Kongress beendet. Er hatte eine lange Besprechung mit Lansing und Oberst House.

Karlsruher Ständebuch-Ausgabe.

Samstag, 9. März, 10 Uhr: Josefina Birmeim, Kantonsrats-Witwe, Karlsruhe 13 (Feuerbestattung). 11 Uhr: Ottilie Schulz, Lehrerin, Söfienstraße 128 (Feuerbestattung). 12 Uhr: Katharina Schwend, Diakonisse, Söfienstraße 57.

Todes-Anzeige. Gott dem Allgütigen hat es gefallen, seine fromme Dienerrin, meine gute Schwester und treubesorgte Haushälterin Rosalia Damal nach 4 jährigem Leiden, doch unerwartet schnell, nach Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 84 Jahren, heute nacht 11 Uhr in die Ewigkeit abzurufen. Dies statt besonderer Nachricht. Schuttern, 7. März 1918. Engelbert Damal, Pfarrer. Die Beerdigung ist am Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr. 859

Danksagung. Für die so liebevolle und warme Teilnahme bei dem schweren Verluste unserer lieben Mutter sagen wir Allen herzlichsten Dank. Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Geschwister Decker. Karlsruhe, 9. März 1918. 848

Bilder-, Karten etc.

Trauer-Bilder-, Karten etc. in sehr grosser Auswahl fortlaufend raschest Druckerel Badenia, Karlsruhe.

Städt. Arbeitsamt Stellennachweis

für kaufmännische, technische u. Büro-Angestellte Jahrgangsj. 100 Karlsruhe Berufsreferat 5538

Stelle suchen:

- 1 Schreibgehilfe, 14 Jahre alt.
1 Abiturient, 19 Jahre alt.
12 junge Kaufleute im Alter von 17-19 Jahren, die auf 1. April ihre Lehrzeit beenden, aus folgenden Branchen: Zigarrenfabrik 2, Brauereiartikel 1, Futtermittel 1, Drogen 1, Verfertigung 1, Bürstenfabrik 1, landwirtschaftl. Behörde 1, Nähmaschinen, Eisen- u. Holzwaren 1, Schuhgroßhandel 1, Essig- und Senffabrik 1.
1 Lagerist und Expedient, gelernter Lederhändler, 20 Jahre alt.
1 Buchhalter, 21 Jahre alt (Schweizer).
1 Expeditionsbeamter, 23 Jahre alt (Kriegsbeschädigter).
1 Buchhalter (Manufakturwaren), 28 Jahre alt (Kriegsbeschädigter).
1 Lagerist (Werkzeuge, Stabeisen, Kurzwaren), 29 Jahre alt (Masse).
1 Buchhalter-Expedient (Nähmaschinenfabriken), 32 Jahre alt (Kriegsbeschädigter).
1 Lagerist, Magazinier, Registrator (Tabakwaren), 42 Jahre alt.
1 Lagerist, Reisender, Kontorgehilfe (Kolonial-, Farb-, Zuckerwaren), 47 Jahre alt.
1 Buchhalter (Drogen, Herbe, Gasapparat), 48 Jahre alt.
1 Kontorist, Registrator, Stadtreisender (früher im Eisenbahndienst), 52 Jahre alt.
1 früherer Schriftföhrer (Invalide), 52 Jahre alt, als Aufsicher, Stadtreisender ufm.
1 Buchhalter (Drogen, Farben, Material, Kolonialwaren), 54 Jahre alt.
1 Bürobeamter (Reitungsweien), 56 Jahre alt.
1 Betriebsleiter für Getreidemüllerei, 56 Jahre alt.
1 Geschäftsföhrer (Drogen, Material, Farb-, Kolonialwaren), 60 Jahre alt.
1 gewandter Registrator (Verwaltungssach), 48 J. alt.
1 Vantendruker (Soldat), 27 Jahre alt, für die Abendstunden.
1 Maschinenbautechniker, 32 Jahre alt, Hochschulfstudium, hat als Schlosser praktisch gearbeitet. 855

Die neue Versorgungsperiode

beginnt am Montag, den 11. März 1918. Die Lebensmittelmarken für dieselbe find an die Vätereiengöhäfte obzugeben und können dort in Empfang genommen werden.

Mit dem 11. März 1918 tritt auch die neue Versorgung von Mutter und Kind in Kraft. Die nach dem 30. April 1917 geborenen Kinder erhalten die allgemeinen Lebensmittelmarken detsalb nicht mehr; sie scheiden vielmehr aus der regelmäßigen Versorgung vollständig aus und erhalten besondere Marken. Diese Sondermarken sind die Zufuhren für Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende werden ebenfalls durch die Vätereien, aber in besonderem Umschlag ausgegeben.

Für die Versorgung von Mutter und Kind gelangt hierbei auch eine besondere Ausweisarte zur Ausgabe, soweit die Berechtigten nicht schon im Besitz einer solchen sind. Diese Ausweisarte ist bei allen Anträgen in der Kartenstelle, oder auf Anstellung von Stillbeschäftigungen, sowie bei Einkäufen vorzulegen.

Wie sich aus der Ausweisarte ergibt, ist die Versorgung von Mutter und Kind in Reihen eingeteilt und zwar umfasst Mutter-Meibe 1 die Versorgung der Schwangeren mit Zufuhren, Mutter-Meibe 2 die Versorgung der Wöchnerinnen mit Zufuhren, Mutter-Meibe 3 die Versorgung der Stillenden mit Zufuhren.

Kind-Meibe 1 die Versorgung der Säuglinge bis zum 6. Lebensmonat, Kind-Meibe 2 die Versorgung der Kinder vom 7. bis 12. Monat.

Kinder im 2. und 3. Lebensjahr erhalten iese bisher, soweit sie annehmlich wurden, das Kindernährmittel, aber nur nach ausweis von Marken. Die Ausgabe dieser Marken erfolgt ebenfalls bei den Vätereien. Das Kindernährmittel selbst wird nur noch in den städtischen Verkaufsstellen:

- Kaiserstraße 74,
Kriensstraße 80 und
Karlstraße 28, sowie
in der Filiale Faunfuch & Co., Rheinstraße 25,
verabfolgt.

Schwerarbeiterzufuh in Kartoffeln kann nicht mehr ausgenommen werden. Karlsruhe, den 8. März 1918. 853

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Taschenlampen-Batterien

frisch eingetroffen. Preis 1.50. Auch für Wiederherstellung der leeren Batterien. Kunds, Elektriker, Karlsruhe, Söfienstraße 126 II., Gefe Söfienstraße 808

„Käseartikel“

Wilschapparate, Andenwählern zur Herstellung von Föhrerwählern, Wöchnerapparate und Hausbacken usw. 672

J. Jöhner, Buchh., Neustadtstraße 1.

Einfaches, arbeitames Mädchen

für Hausarbeit in keine Familie in Mainz gesucht. Geil. Offerte unter Nr. 153 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. 850

Lüchtige Buchfrau

gesucht. Meldung zwischen 3 und 5 Uhr. Bad. Feuerbröherungs-Bank Karlsruhe, Karlsruhe 84, II. Etod.

Wer gewillt und in der Lage ist, durch Ausleihen oder Schenken eines kleinen Harmoniums

zwecks Verwendung in einer Kleinlinderkirche ein gutes Werk zu verrichten, ist freundlichst gebeten, dies unter Nr. 123 an die Geschäftsstelle ds. Bl. zu berichten. 238



Reizenz Theater Karlsruhe

Samstag bis einschliessl. Dienstag.

Mil. amlt. Film des Bild- u. Film-Amt, Berlin.

Das Tagebuch des Dr. Karl

Drama in 1 Vorspiel u. 4 Akten. In den Hauptrollen Ernst Hoffmann und Heinrich Schroth

Part. v. v. Henry Porten in Gröön Küchenfes. Münchener Kunstfilm 858

Das Geschwister-Kind

Laustspiel in 2 Akten Dargestellt von ersten Münchener Künstlern.

